

Berlin, den 02.06.2012

## **Widerspruch: Die Interpretation und daraus folgende Vorgaben des Rechnungshofes führen Berlin direkt in die Bildungskatastrophe!**

Mit Bestürzung nimmt „**Bildet Berlin!**“ die Erkenntnisse des **Rechnungshofes** wahr:

*Der Rechnungshof beanstandet zusammenfassend, dass der Senat übertarifliche Zahlungen mit einem außergewöhnlich hohen Finanzvolumen beschlossen hat, ohne zuvor deren Notwendigkeit und Angemessenheit ausreichend geprüft und geeignete Maßnahmen mit erheblich niedrigerem Aufwand untersucht zu haben. Der Rechnungshof erwartet insbesondere, dass der Senat die tarifwidrige Zahlung der Entgeltstufe 5 nicht weiter verlängert und Maßnahmen zur Deckung eines Personalbedarfs künftig nur*

- *nach eingehender Prüfung der Notwendigkeit und Angemessenheit,*
- *unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und*
- *innerhalb des tarifrechtlichen Rahmens ergreift.<sup>1</sup>*

Diese fatalen Rückschlüsse stehen im Widerspruch zu den am 30. Mai von der **EU-Kommission** veröffentlichten Empfehlungen für die 27 Mitgliedsstaaten. Für Deutschland empfiehlt die EU-Kommission der Bundesregierung die Ausgabenschwerpunkte im Haushalt neu zu gewichten, wobei dem Bereich Bildung höchste Priorität eingeräumt werden müsse.<sup>2</sup>

„**Bildet Berlin!**“ stellt außerdem fest, dass sich der Rechnungshof auf einen Vergleich der Berliner angestellten Lehrer mit angestellten Lehrkräften anderer Bundesländer stützt – ein Vergleich, der schlichtweg falsch und unsachlich ist. Dieses Vorgehen erscheint gar unprofessionell und stümperhaft, denn im bundesweiten Kampf um junge Lehrkräfte konkurrieren die Angestellten Berlins nicht mit den Angestellten anderer Bundesländer, sondern mit den Beamten: Die Verbeamtung in nahezu allen andern Bundesländern führt zu Lehrermangel in Berlin. Korrekter Weise muss für einen Vergleich die Besoldung der Beamten in Betracht gezogen werden, wenn man schon über den bundesweiten Bewerbermarkt redet. Es ist nicht sachgemäß, sich mit Angestellten in anderen Ländern zu vergleichen, wenn diese überwiegend Lehrer verbeamteten!

Aus der Sicht von „**Bildet Berlin!**“ ist es darüber hinaus unseriös, eine Betrachtung auf den Ausschnitt der ersten Dienstjahre zu beschränken: Die Differenz über 40 Dienstjahre (netto) beträgt in unseren Modellrechnungen 110.000 € bei Vorweggewährung der höchsten Erfahrungsstufe. Sollte der Senat – wie vom Rechnungshof gefordert – die außertarifliche Zulage kündigen, liegt der Unterschied bei rund 155.000 €!<sup>3</sup> Wer hätte gedacht, dass sich der Senat für diese Ungerechtigkeit einmal würde rechtfertigen müssen.

In Bezug auf die sinkende Bewerberzahl teilt „**Bildet Berlin!**“ die Auffassung des Rechnungshofes, dass die außertarifliche Zulage wirkungslos bleibt. Die Ursache liegt aber

---

<sup>1</sup> [http://www.berlin.de/imperia/md/content/rechnungshof2/jahresbericht\\_2012.pdf?start&ts=1338359557&file=jahresbericht\\_2012.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/rechnungshof2/jahresbericht_2012.pdf?start&ts=1338359557&file=jahresbericht_2012.pdf)

<sup>2</sup> [http://www.euractiv.de/fileadmin/images/SWD\\_2012\\_Germany\\_EN.pdf](http://www.euractiv.de/fileadmin/images/SWD_2012_Germany_EN.pdf)

<sup>3</sup> <http://bildet-berlin.de/>

woanders: Der finanzielle Mehraufwand reicht längst nicht aus, um genug junge, gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte für eine Einstellung im Angestelltenverhältnis zu gewinnen. Berlin ist im bundesweiten Konkurrenzkampf um Junglehrer viel zu unattraktiv, ungerecht und damit chancenlos! Hinzu kommt die unhaltbare Tatsache, dass eine beträchtliche Anzahl der diesjährigen Neueinstellung mit der Übernahme des Beamtenstatus aus anderen Bundesländern einhergeht. Berlin verbeamtet nämlich nach wie vor sehr wohl!

Für gänzlich fahrlässig hält „**Bildet Berlin!**“ den Gedanken des Rechnungshofes, die Zulage nur für bestimmte „Mangelfächer“ zu gewähren. Die Realitätsferne dieser „Schnapsidee“ wird durch die Tatsache deutlich, dass in Berlin bis 2019/20 insgesamt 10.000 Lehrkräfte in Pension gehen, und zwar fächerübergreifend! Schon 2014/15 – wenn auf einen Schlag 1500 Pensionierungen erfolgen – wird es „die“ Mangelfächer nicht mehr geben. Alle Fächer sind dann Mangelfächer!

Die Interpretation und Vorstellungen des Rechnungshofes sind weder weitsichtig noch lebensnah!

Der Rechnungshof fordert eine kostenneutrale Alternative. Dieser scheint damit dem Berliner Senat aus der Seele zu sprechen. Demzufolge steht einer Intensivierung der Flickschusterei mit unqualifiziertem „billigem“ Personal nichts mehr im Wege. Gute Nacht Berlin!

*„Bildet Berlin!“ beanstandet zusammenfassend, dass der Rechnungshof weder die Sachlage realistisch einzuschätzen vermag noch eine Verpflichtung gegenüber einer angemessenen Bildungsqualität verspürt. Abschließend kann nüchtern konstatiert werden:*

Der Rechnungshof hat seinen Job gemacht und dabei mit falschen Vorzeichen gerechnet. Setzen 6!

**Wer meint, den Wert von Bildung ausschließlich als numerischen Geldwert und Zahl zu verstehen, der hat den gesellschaftlichen Wert des Gutes Bildung nicht im Blick! Die Konsequenzen unzureichender Schulqualität und schlechter Bildung sind am Ende teurer als eine angemessene Bildungsfinanzierung. Dabei führt qualifizierte Bildung und ein Höchstmaß an Schulqualität zu einer gesamtgesellschaftlich unschätzbaren Rendite: wissbegierige und motivierte junge Menschen!**

### **Und jetzt erst recht!**

Kommt alle zur **Protestaktion** vor der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (direkt am Alexanderplatz, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin) am **Donnerstag, den 7. Juni um 16 Uhr!** In einer gemeinsam mit der GEW organisierten Aktion präsentiert „**Bildet Berlin!**“ unter dem Titel „Schwarzbuch Schule – Eine Dokumentation sterbender Schulqualität“ Berichte aus der „Heißen Kiste“.

## **Bildet Berlin!**

i.A. Florian Bublys